



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/203 - 3.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039290

| | |
|---------------------------------------|------|
| Ratifizierung und Präsidentenwahl | S. 1 |
| Zu den Wahlen in Chile | S. 3 |
| Phantasien des "Volkswirt" <i>RAP</i> | S. 5 |
| Soll die Opposition schweigen ? | S. 7 |

Das Drängen General Ridgways

P.R. Der erste Arbeitstag des Bundeskanzlers nach seinem Urlaub stand im Zeichen von Gesprächen mit Amerikanern in hoher und höchster Position, mit dem neuen Oberkommissar für die Bundesrepublik und mit dem Oberkommandierenden der Atlantik-Armee, General Ridgway. Diese Tatsache sei symptomatisch, hieß es dazu in einer offiziellen Stellungnahme der Partei des Kanzlers. Wir stimmen dem voll zu.

Die Tatsache war auch nicht überraschend, denn es lagen keine Anzeichen dafür vor, daß in der Auffassung des Bundeskanzlers von dem, was außenpolitisch vordringlich notwendig sei, in der Zeit seiner Abwesenheit von Bonn eine Änderung eingetreten wäre. Die Politik des Kanzlers geht nach wie vor von der Annahme aus, daß genau das, was Washington für Amerika und für den Westen überhaupt als zweckmäßig ansieht, in vollem Umfange auch für die Bundesrepublik vernünftig und notwendig sei. Die Opposition bezweifelt das und sie hat oft genug und mit guten Gründen gesagt, weshalb sie das tut.

Nun hat General Ridgway in Bonn sehr nachdrücklich auf die Bedeutung des deutschen Verteidigungsbeitrages hingewiesen und auf baldige Ratifizierung der unterzeichneten Verträge gedrängt. Es gibt Leute, die sagen, das sei nicht seines Amtes, er sei der Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte - die politischen Voraussetzungen für ihre Existenz zu schaffen, gehöre

nicht zu seinen Zuständigkeiten. Formal gesehen ist das richtig. Aber man braucht nicht kleinlich zu sein: Wenn er schon für die Aufstellung und Organisation einer internationalen Streitmacht verantwortlich ist, hat er von dieser seiner Aufgabe her gesehen, ein natürliches Interesse daran, daß diese Streitmacht sobald wie möglich vorhanden ist.

Aber dieses Drängen des Generals ist ja nur eine Ausdrucksform für die Wünsche der Regierung in Washington. Niemand weiß andererseits, wie die Regierung der USA nach den Wahlen vom 4. November aussehen wird. Was jetzt, auch durch den General Ridgway, von einem deutschen Parlament verlangt oder erwartet wird, ist also schließlich nichts anderes, als sich vor dem genannten Termin mit allen Konsequenzen auf eine Politik festzulegen, die niemand kennen kann, weil sie ihre künftige Richtung erst durch die Präsidentschaftswahl erhält. Man braucht nur an die letzte Rede Eisenhowers mit ihren Trompetenstößen zu erinnern, um anzudeuten, welche Zumutung ein solches Verlangen nach Blanko-Bindung in sich schließt. (General Eisenhower aber ist der vom Bundeskanzler offen favorisierte Kandidat).

Die Dinge entwickeln sich immer eindeutiger in Richtung auf die rein militärische Machtentfaltung hin. Nichts anderes scheint mehr zu gelten. Die Bundesregierung ist dessen offensichtlich froh, denn sie hat diese Politik von Anfang an gefördert. Ihr "Bulletin" schrieb am 2. September zur letzten russischen Note: "Wer ein Handelsgeschäft über Deutschland in Betracht zieht, wird natürlich die Chance einer Einigung günstiger beurteilen. (!). Er übersieht jedoch, daß die weltpolitischen Voraussetzungen für einen solchen Handel nicht mehr vorhanden sind - und dies dürfte nicht nur ein Glück für die Zukunft des deutschen Volkes sein, sondern auch mit ein V e r d i e n s t (Sperrung durch uns -d.Red.) der Politik der Bundesregierung".

Das heißt mit anderen Worten: Die Bundesregierung nimmt als positive Leistung für sich in Anspruch, daß heute kein "Handelsgeschäft über Deutschland", eine Lösung auf dem Verhandlungswege, mehr möglich ist. Das ist ein Eingeständnis, wie es so deutlich noch niemals ausgesprochen wurde. Wenn hinzugefügt wird, diese Feststellung mindere keineswegs die Bereitschaft, "Möglichkeiten von Verhandlungen mit der Sowjet-Union sorgfältig zu erwägen und auszunutzen, wenn sie erfolgversprechend erscheinen", so kann das den enthüllenden Charakter der vorangegangenen These nicht abschwächen.

Chile am Vorabend einer Diktatur ?

Von unserem lateinamerikanischen Mitarbeiter

Santiago, Anfang September

Ob von den zehn südamerikanischen Staaten auch der vorletzte dem Regime der starken Männer verfällt, werden rund 1,1 Millionen wahlberechtigte Frauen und Männer am 4. September in den Präsidentschaftswahlen von Chile entscheiden. In diesem wichtigsten südamerikanischen Land der Westküste bewerben sich in einer von Schwindel und Betrug freien Kampagne vier Kandidaten um die Gunst der Wähler. Sie sind: Der Arzt Salvador Allende, Kandidat der drei Fraktionen, in die die Sozialistische Partei zerfallen ist; Rechtsanwalt Pedro E. Alonso, Kandidat der Radikalen, die ihrer Tendenz nach etwa den französischen Radikalsozialisten Herriots entspricht; der Rechtsanwalt Arturo Matte Kandidat der Liberalen, gestützt von den Konservativen und Großgrundbesitzern, und General Carlos Ibañez, Kandidat der Ibañez-Partei, der "Volkssozialisten", einer Abspaltung der Agrarier und der Radikalen.

Obwohl angesichts der Verworrenheit der Lage und der Vielzahl der auftauchenden, untergehenden und sich spaltenden Parteien eine Voraussage nahezu unmöglich ist, stimmen doch die politischen Beobachter darin überein, daß die Entscheidung zwischen den Kandidaten Nummer zwei und vier fallen wird.

General Ibañez ist 75 Jahre alt, übte von 1927 bis 1931 eine blutige faschistische Diktatur aus und wurde 1942 vom Linkskandidaten Ríos besiegt. Er lebte völlig zurückgezogen, bis er vor gut einem Jahr mit einer überraschend hohen Stimmenzahl zum Senator gewählt wurde. Seine Bilder trugen im Wahlkampf die Unterschrift "General der Hoffnung" oder "Der Besen, der den Saustall reinigen wird". In seinen Wahlreden erklärte sich Ibañez gegen den kürzlich von Chile unterzeichneten Militärpakt mit den USA, wie er sich überhaupt eines fanatischen Fremdenhasses befleißigt und die anti-imperialistischen Instinkte der Massen ausnutzt. Als Präsident brachte Ibañez das Land nicht nur an den Rand des finanziellen Abgrunds, sondern er verfolgte auch mit barbarischen Methoden die Arbeiterbewegung Chiles, die einstmals in den dreißiger Jahren die bestorganisierte und fortschrittlichste Südamerikas war. Von den Schlägen, die Ibañez ihr erteilte,

hat sie sich bis heute nicht erholt.

Es ist anzunehmen, daß Ibañez im Falle eines Sieges ein dem Peronismus ähnliches Regime in Chile errichten wird. Damit wäre das gesamte Küstengebiet des Pazifischen Ozeans vom Feuerland bis zum Panamakanal in der Hand von diktatorischen Regierungen. In all' diesen Ländern hat das soziale Problem geradezu explosive Auswirkungen gezeigt. Chile gehört zu den Ländern mit der höchsten Kindersterblichkeit der Welt, die Landwirtschaft ist in Händen weniger Großgrundbesitzer, die das Land an Pächter abgeben. Vorsintflutliche Methoden und mangelnde Bewässerungsanlagen bewirken, daß Fleisch und Weizen aus dem Ausland eingeführt werden müssen. Die rapid ansteigende Inflationswelle hat in den Bergwerken des Nordens zu ununterbrochenen Streiks geführt, die Extremisten von Rechts und Links nutzten die berechnete Unzufriedenheit aus und so erklärt sich der Zustand eines labilen Gleichgewichts, der die politische Lage Chiles in den letzten Jahren ausgezeichnet hat.

Das Koalitionskabinett des scheidenden Präsidenten Gonzalez Gabriela hatte es angesichts der schwierigen Wirtschaftslage des Landes gewiß nicht leicht. Die innere Inflation erhielt ihren Antrieb von der Kupferkrise. Obwohl zu den strategischen Materialien gehörend, nahm das vorwiegend nach den USA verkaufte Metall, das zu 80 Prozent den Devisenhaushalt Chiles bestreiten muß, nicht an den Preiserhöhungen teil, weil die Washingtoner Regierung den Ankauf nur zu festgesetzten Höchstpreisen gestattete. Daraus resultierte eine Krise, die im Frühjahr 1952 zu einer Kündigung des Abkommens durch Chile führte. Seither ist der Kupferpreis erhöht und Chile kann einen Teil seiner Jahresproduktion frei verkaufen oder tauschen.

Aber die Inflation geht weiter und macht das engmaschige Netz der sozialen Versicherungen, das während der zwanziger Jahre unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft von einem konservativen Präsidenten eingeführt wurde, zum großen Teil illusorisch. Gonzalez Videla wurde mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gewählt. In seinem ersten Kabinett waren drei KP-Minister. Später verbot er die Partei, die getarnt in gewerkschaftlichen und anderen Organisationen nur eine umso größere Tätigkeit entfalten konnte. Bei den Wahlen von 1946 erhielt Gonzalez Videla 189000, der konservative Kandidat 141000 Stimmen und der liberale 128000 Stimmen. Diese Ziffern geben jedoch gar keinen Anhaltspunkt über den Ausfall der bevorstehenden Wahlen. Die Verfassung bestimmt, daß als gewählt anzusehen ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Wird diese nicht erreicht, so haben Unter- und Oberhaus in gemeinsamer Sitzung unter den "Kandidaten mit der meisten Stimmenzahl" den neuen Präsidenten auszuwählen. Bisher ist in Chile immer der Kandidat mit der meisten Stimmenzahl bestimmt worden.

Verfehlte Kritik

ss. In "Der Volkswirt" Nr. 35/1952 vom 30. August 1952 kritisiert Herr Theo Eymüller den kürzlich veröffentlichten Entwurf eines Aktionsprogramms der SPD. Der erste Schuß richtet sich gegen den "Marxismus" der SPD, die nach Ansicht des Herrn Eymüller noch kein Parteiprogramm hat, weil sie den "Marxismus" gern ablegen möchte, aber nicht ablegen kann. Nun, der Artikelschreiber bescheinigt sich nur selbst, daß er erstens die SPD nicht kennt und zweitens keine Ahnung davon hat, was eigentlich unter Marxismus zu verstehen ist.

Der Entwurf des sozialdemokratischen Aktionsprogramms wurde erstmalig am 1. August 1952 in "Neuen Vorwärts" veröffentlicht und der Parteiöffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Aber Herr Eymüller berichtet von einer "Mannheimer Redaktionskommission sozialdemokratischer Funktionäre", die bereits Mitte Juli 1952 zusammengetreten sei: "Man kann übrigens den Eindruck gewinnen, daß dieses Mannheimer Komitee einer linksradikalen Richtung angehörte". Er findet, daß sich die Forderungen der "Mannheimer Redaktionskommission" wie ein sowjetzonalles Flugblatt lesen. Tatsächlich liegt hier eine sowjetzonal inspirierte Mystifikation vor, denn es handelt sich um denselben Personenkreis, dem durch Gerichtsentscheid die Führung des Namens "Sozialdemokratische Aktion" untersagt wurde. Auch im vorliegenden Falle sind bereits gerichtliche Schritte unternommen worden. Vielleicht wollte Herr Eymüller sich täuschen lassen? Die Täuschung war doch zu offensichtlich.

Es ist nicht tragisch zu nehmen, wenn "Der Volkswirt" die programmatische Bekanntgabe angestrebter Ziele mit einem "demagogischen Wunschzettel" vergleicht. Die Herren begreifen eben nur den Geist, den sie gleichen, und das wäre in diesem Falle der Geist Adenauer-Erhard. Aber es wird auch der Patriotismus der SPD angezweifelt, weil diese angeblich "im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften ehemals rücksichtslos die von den Alliierten geschaffene Lage im Montan-Entflechtungsbereich für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt hat. Ohne alliierten Einfluß wäre es niemals gelungen, dort die Mitbestimmung durchzudrücken". Es ist bekannt, daß die SPD gegen die demontierende Dekartellisierung

ebenso heftig wie gegen die Demontagen gekämpft hat. Hier aber wird wider besseres Wissen behauptet, die SPD habe sich für die Entflechtung von den Alliierten Vorteile eingehandelt. Zugleich wird Klage über die Kritik des Programmentwurfs an der Adenauerschen Außenpolitik geführt, besonders über die These, daß ohne die SPD ein neuer "Rheinbund" anstelle der Bundesrepublik entstanden wäre. Es ist also bereits vergessen, daß nach einem sehr vernehmbaren und entschiedenen "Nein" der am 20. April 1949 in Hannover versammelten Führungsgremien der SPD die ultra-föderale Konzeption für den Aufbau der Bundesrepublik fallen gelassen wurde.

Man sagt gewöhnlich der SPD den Hang zur Zentralverwaltungswirtschaft nach, denn die meisten Neoliberalen haben wohl keine andere Vorstellung von der Wirtschaftsplanung. Jedoch sollte ein "Fachmann" in einer "Fachzeitschrift" nicht die Formulierung "Über die Mitbestimmung zur Planwirtschaft" gebrauchen; Mitbestimmung und Zentralverwaltungswirtschaft vertragen sich nämlich nicht. So bestätigt Herr Eymüller ungewollt der SPD, daß sie keine Zwangswirtschaft anstrebt und auch die Forderung auf Mitbestimmung ihr kein demagogisches Versprechen ist, das nach bekannten Beispielen nach dem eventuellen Wahlsieg nicht eingelöst zu werden braucht.

Auf die "Klardenkenden", so meint Herr Eymüller, mache ein solches Programm geringen Eindruck; aber er fragt besorgt: "Wie aber wird die Masse darauf reagieren? Das "klare Denken" hat jedoch nicht verhindert, den Unsinn des "Deutschen Industrieinstituts" abzuschreiben, das kürzlich die Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik feststellte, weil angeblich internationale Vollbeschäftigungsexperten ein Land mit etwa 8 v.H. Arbeitslosen als "vollbeschäftigt" im Sinne der Keynes'schen Theorie gelten lassen. Die Herren vom "Deutschen Industrieinstitut" und vom "Volkswirt" haben nicht mitbekommen, daß sich seit Keynes' "Allgemeiner Theorie" etwas getan hat und die international anerkannte Norm der Vollbeschäftigung jetzt bei 3-4 v.H. liegt. Was aber ist mit den 560000 Schulentlassenen, die weder Lehrstelle noch Beschäftigung gefunden haben? Was ist den arbeitslosen Vertriebenen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Vollbeschäftigung in Nordrhein-Westfalen? Spricht denn wirklich der Programmentwurf der SPD zu Unrecht von einer schroffen Gegenüberstellung des aufreizenden Luxus und des tiefsten Elends?

Etwas zu viel verlangt

(sp) Wir lesen in Leitartikel der "Welt" vom 3. September unter der Überschrift: "Kein Porzellan zerschlagen" u.a.:

"Die außenpolitischen Debatten, die in nächster Zeit auf der Tagesordnung des Bundestages stehen werden, und die außenpolitischen Reden, die als deren Begleitmusik voraussichtlich in zahlreichen Versammlungen gehalten werden, sollten nicht einen Bestandteil des Wahlkampfes, ja nicht einmal des Vorwahlkampfes bilden. Eine solche Forderung tut der Opposition zwar einen vielleicht nicht unerheblichen Verzicht zu, denn gerade die außenpolitischen Auseinandersetzungen enthalten zweifellos Möglichkeiten, die von der Opposition agitatorisch wirkungsvoll ausgenützt werden können. Breite Schichten der Bevölkerung sind bereit, dem scharf pointierten Nein und nicht dem Ja zu applaudieren".

Ist das nicht etwas zu viel verlangt? Die Bundesrepublik steht vor den folgenschwersten Entscheidungen seit ihrem Bestehen. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, wird das Schicksal des deutschen Volkes durch die Bindung an die Westverträge auf ein halbes Jahrhundert festgelegt sein. Die Zukunft unserer Jugend, die deutsche Einheit in Freiheit stehen auf dem Spiel, schwere, noch unübersehbare Lasten drohen das soziale Gefüge in seinen Grundfesten zu erschüttern. Die Bundesrepublik soll nach dem Willen der Bonner Regierung einen Weg einschlagen, von dem sehr viele überzeugt sind, daß er uns näher zum Kriege und zur Versteinerung der Spaltung Deutschlands als zum Frieden führt.

Und dazu soll die Opposition schweigen? Sie soll der Regierung in der Außenpolitik, die heute mehr als jemals von entscheidender Bedeutung für das ganze Volk ist, sozusagen eine Blanko-Vollmacht ausstellen?

Diesem Gefallen wird die Opposition der "Welt" wohl nicht erweisen. Denn das wäre Selbstaufgabe und Verrat am deutschen Volke. Die Opposition wird bleiben, was sie war und ist: Sprecher und Mahner des sozialen und nationalen Gewissens unserer zweigeteilten Nation, steter Rufer im Kampf um die Wiedererlangung unserer Einheit in Freiheit. Und aus eben diesem Grunde Gegner der jetzigen Regierungspolitik. Die "Welt" selbst bemerkt, daß große Teile der Bevölkerung bereit seien, dem scharf pointierten Nein und nicht dem Ja zu antworten. Es ist widersinnig, von einer Opposition hier Schweigen zu verlangen, nur um des Trugbildes einer vorhandenen Gemeinsamkeit der Auffassungen willen.

Verantwortlich: Peter Raurau